

Alternative Wirtschaftspolitik zwischen Ökonomie und Ökologie

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **6 (1986)**

Heft 11

PDF erstellt am: **13.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651541>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Alternative Wirtschaftspolitik zwischen Ökonomie und Ökologie

Anfang Juni 1986 wurden von F. Blanchard in Genf an der 72. Weltarbeitskonferenz (ILO), die ganz im Zeichen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht, folgende Zahlen bekanntgegeben: Mehr als *eine Milliarde* Menschen, die *Hälfte* der arbeitsfähigen Weltbevölkerung, hat zur Zeit keinen Arbeitsplatz und grossenteils kein Einkommen; diese Zahl wird in den kommenden Jahren noch beträchtlich steigen. Festgestellt werden kann, dass in den marktwirtschaftlichen Industriestaaten heute 81 Prozent sozialen Sicherheitsschutz geniessen, in Asien nur 23 Prozent und in Afrika sogar nur 16 Prozent. Aus einer UNO-Studie (1980) geht hervor, dass weltweit gesehen $\frac{2}{3}$ der gesamtgesellschaftlichen Arbeit *Frauen* verrichten. Sie erhalten dafür nur 10 Prozent des Welteinkommens und verfügen nur über 1 Prozent des auf der Welt vorhandenen Eigentums.

*

15 Prozent der Amerikaner leben heute unter der offiziellen, tief angesetzten Armutsschwelle. Vorab die Jugendlichen der USA sind betroffen, 21 Prozent von ihnen leben in Armut. In der Zeit der Reagan-Administration, 1981 bis heute, wurden sämtliche Sozialprogramme gekürzt. Ein Beispiel: 1981 empfingen 21 Millionen Lebensmittelhilfe (food stamps), 1986 sind es noch 19 Millionen. Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der statistisch erfassten 'offiziellen' Armen von 29 Millionen auf 35 Millionen. J. Schottland in seiner im März 1986 erschienenen Studie über Hunger in den USA: "Die Zahl der Hungrigen in Amerika ist in den vergangenen fünf Jahren buchstäblich explodiert." (T.A. 26.5.86) $\frac{2}{3}$ von diesen 35 Millionen Armen in Amerika sind *Frauen*, unter ihnen vor allem Farbige, Geschiedene, alleinerziehende und minderjährige Mütter.

*

Armut in der Schweiz? Auf der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Fürsorge am 22.5.86 in Aarau hat A. Wagner (Rektor der Schule für soziale Arbeit) über Entstehung und Zunahme der Armut in der Schweiz berichtet. Er begreift Armut in einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang; besonders Rentner, Arbeitslose, ältere Arbeitnehmer, Jugendliche, Frauen und Ausländer sind seiner Einschätzung nach der Gefahr ausgesetzt, ein "Dasein in Armut zu fristen" (NZZ 23.5.86). Nach Wagner müssen bereits heute *20 Prozent* der Schweizer mit einem Einkommen von *höchstens 1050 Franken* monatlich auskommen; sie leben damit deutlich unter dem Existenzminimum in der Schweiz. Wagner widerspricht damit drastisch der öffentlichen Meinung, wonach "materielle Not" selbstverschuldet sei.

*

Die *Armut-* und *Ausbeutungsstrategien* der u.s.-amerikanischen und schweizerischen Verschuldungspolitik in den Ländern der Dritten Welt

bleiben nicht ohne Rückwirkungen auf die hochindustrialisierten Länder. Ausgehend vom gegenwärtigen 'Umbruch in der Weltwirtschaft' (Fröbel/Heinrichs/ Kreye, 1986) steht fest: Die globalen Strategien und Präventivmassnahmen des transnationalen Kapitals als Reaktion auf die strukturelle Wachstumskrise und die drohenden Profitverluste brechen voll durch. Die Modernisierung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses auf hochtechnologischer Basis sowie die neoliberale Konterrevolution der "freien Marktkräfte", die jede lästige Konkurrenz ausschaltet und die Wegrationalisierung, Flexibilisierung und Verbilligung der Arbeitskräfte forciert, als auch die staatlich abgesicherten Wirtschaftspolitiken, die auf Kriegsforschung und Rüstungsindustrie bauen, zielen *einerseits* die Schwächung und Fragmentierung der Arbeiterbewegung, der sozialen Bewegung und Revolten im 'Zentrum' an, *andererseits* die Zerschlagung der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen und antikapitalistischen Regimes in der 'Peripherie'.

Die 'Keynesianisierung der Gesellschaft', die sich auf den Durchbruch eines 'fordistischen Reproduktionsmodus' in kapitalistischen Gesellschaftsformationen der Zwischenkriegszeit (USA) und der Nachkriegszeit (Westeuropa/Japan) bezieht, hat auch in der Schweiz die 'arbeitsbürgerliche Integration' der Arbeiterbewegung, die Herausbildung des historischen Dreieckkompromisses zwischen Staat, Unternehmern und Gewerkschaften zur Folge gehabt. In den achtziger Jahren zeichnet sich ein Übergang zum 'Postfordismus' und zur 'Amerikanisierung' der westeuropäischen Länder ab, der einen neuen Typ des Massenarbeiters ('multivalenten Facharbeiter') hervorbringt. Aber auch die traditionellen gewerkschaftlichen Kampf- und Widerstandskonzepte gegen die technologische Intensivierung der Ausbeutung und Klassenspaltung werden unterlaufen durch feinkalkulierte Unternehmerstrategien: die Basis ist entmobilisiert, entsolidarisiert, entpolitisiert.

*

Seit zwei Jahren schon wird in den Linksparteien und Gewerkschaften sehr programmatisch über neue wirtschaftspolitische Konzepte diskutiert. Vor diesem Hintergrund sind einige leitende Ausgangsfragen entstanden, die an Thesen und Problemstellungen im linken Kontext anknüpfen und diese z.T. erweitern (vgl. etwa die 'Wirtschaftspolitischen Thesen' in 'Positionen' 50/51, 1984 ff.). Welchen Handlungsspielraum haben gewerkschaftliche Gegenstrategien in Anbetracht der 'Staatsgrenzen'? Gibt es unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen in der Schweiz nicht-reformistische, nicht-isolationistische Alternativen? Worin besteht eine linke Technologiepolitik im Bündnis mit der Ökologie-, Frauen- und Friedensbewegung? Wie ist der Stand der Selbstverwaltung in der Schweiz? Wie lassen sich Technologiepolitik, Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu einer übergreifenden Programmatik unter einer sozialistischen Perspektive zusammenfügen? Wer sind die aktuellen Träger, Akteure des Veränderungspotentials und politischen Kampfs?

Die vorliegenden Beiträge dazu sind nur einige Zugänge und Bausteine für die Diskussion über Konzeption und Perspektiven alternativer Wirtschaftspolitik in der Schweiz. Weitere Aspekte dazu werden im nächsten Heft folgen.